

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 35 (2016)

Heft: 68

Artikel: Wer macht die Stadt? : Feministische Reflexion über Stadtaneignung in Bern

Autor: Anderegg, Ursina / Jenni, Karin / Sancar, Annemarie

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-780974>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer macht Stadt?

Feministische Reflexion über Stadtaneignung in Bern

«Die Stadt» ist Ausdruck des Zusammenlebens wie der gesellschaftlichen Praxis. Ein Zusammenleben wird aber erst durch ausgehandelte Regeln möglich. Jede Stadt hat ihre Gepflogenheiten, ihre Normen und Traditionen, die teilweise fest verankert, teilweise aber auch regelmässig infrage gestellt, diskutiert, transformiert werden. Dies geschieht an unterschiedlichen Orten: im Parlament, im öffentlichen Raum, durch eine von Behörden formalisierte «Stadtentwicklung» oder durch Zusammenleben, durch das kollektive Aneignen des gemeinsamen Raumes «Stadt». Im Zentrum der Aushandlungen von Organisation und Definition von Stadt steht der Anspruch auf eine möglichst hohe Lebensqualität. Doch was verstehen wir unter «Lebensqualität»? Und wer ist eigentlich «die Stadt»? Im Spannungsfeld zwischen Markt, Staat und zivilem Zusammenleben sind diese Fragen nicht einfach zu beantworten. Mit der verbreiteten marktförmigen Logik wird die Stadt zur Dienstleisterin gemacht und zum Unternehmen umformiert: BewohnerInnen werden zu KonsumentInnen, Leistungen zu Produkten. Gleichzeitig gibt es aber eine Vielfalt zivilgesellschaftlicher Möglichkeiten, die Stadt als öffentlichen und gemeinschaftlichen Raum zu erschliessen und kollektiv zu gestalten. Es gibt sie, die «Stadt für alle», die sich ihren BewohnerInnen öffnet – nicht zuletzt dank kleiner rot-grüner Rebellionen. Doch ist sie auch geschlechtergerecht?

Care-Tätigkeiten als Aneignung von Stadt

Wir, die Autorinnen, verstehen Stadt als Ort verdichteter sozialer Praxis der BewohnerInnen, die in Zeit, Arbeit, Beziehungen investieren, um ihren Lebensraum zu gestalten: BewohnerInnen, die sich umeinander kümmern und Care-Arbeit im öffentlichen Raum und zu Hause organisieren. Wir wollen Stadtaneignungsprozesse aus feministischer Perspektive beleuchten und aufzeigen, welche Inhalte in der aktuellen Stadtentwicklungspolitik nötig wären, damit eine Chance besteht, die Stadt Bern geschlechtergerecht zu organisieren; geschlechtergerecht im Sinne einer gerechten Care-Ökonomie.

Die Lebensqualität einer Stadt hängt primär davon ab, wie Menschen sich um sich und umeinander sorgen können. Füreinander sorgen heisst, Zeit und Arbeit aufzuwenden, um die Lebensqualität entsprechend den teilweise sehr unterschiedlichen und widersprüchlichen Bedürfnissen aller StadtbewohnerInnen zu sichern. Care-Tätigkeiten, nämlich Betreuung, Erziehung, Hausarbeit und Pflege, sind die eigentliche Substanz des Gemeingutes Stadt. Einer städtischen Gemeinde geht es dann gut, wenn möglichst alle BewohnerInnen Lebensqualität erfahren. Das gelingt nur, wenn Care-Tätigkeiten qualitativ gut und bedürfnisgerecht sind. Ihre Qualität hängt von den Bedingungen ab, unter welchen diese Arbeit organisiert wird. Erbrachte Care-Leistungen kosten die Stadt viel Geld. Zudem rechnet sich der Mehrwert nicht nach marktüblichen Kriterien; Rationalisierung, Beschleunigung, Auslagerung sind kaum möglich. Care-Tätigkeiten sind teuer und arbeitsintensiv, aber sie sind notwendig für die Lebensqualität einer «Stadt für alle». Diese ist erst dann gegeben, wenn alle BewohnerInnen Zugang zu Care-Leistungen haben, die unter guten Bedingungen ausgeführt werden. Dies trägt zum Gemeinwohl bei und macht letztlich die «Stadt für alle» aus. Deshalb verstehen wir die Care-Tätigkeiten als eine Form von kollektiver Aneignung des Lebensraums: Sie schaffen sozialen Wert. Damit dies möglich ist, braucht es für personenbezogene Tätigkeiten die nötigen Ressourcen, wie Infrastruktur, Raum und (Arbeits-)Zeit, und zwar sowohl im öffentlichen Raum wie auch im Mikrokontext.

Gemeingut versus öffentliches Gut

Die Stadt lebt von der Sorge für das Gemeinwohl. Sie ist das «Gemeingut» (common), an dem alle BewohnerInnen teilhaben und durch ihr Tun mitgestalten. Durch ihre Praxis eignen sie sich das Gemeingut Stadt an und tragen mit ihren Lebensweisen zu dessen Vielfalt bei. Dabei werden Werte und Formen eines guten Zusammenlebens laufend ausgehandelt. Ein Gemeingut ist also ein Gut, das durch soziales Tun produziert, genutzt und gestaltet wird, sich aber nicht kommerzialisieren lässt. Dazu gehört auch ein grosser Teil aller Care-Arbeit. Heutzutage besteht jedoch vermehrt die Tendenz, Stücke aus diesem Gemeingut herauszulösen und «städtisches Tafelsilber» wie Gebäude, Plätze, Verkehr oder Energieproduktion als «öffentliches Gut» (public good) wirtschaftlich nutzbar und wertschöpfend zu machen. Deren Nutzung bleibt öffentlich, aber die Stadtregierung bzw. -verwaltung entscheidet über die Nutzungsbedingungen. David Harvey (2012), von dem wir die Unterscheidung von Gemeingut und öffentlichem Gut übernommen haben, zeigt auf, dass Städte in der Folge der Globalisierung unter zunehmenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen Druck geraten. Um der zunehmen-

den Komplexität der Stadtentwicklung zu begegnen, vermarktet die Stadt lukrative Teile ihres Besitzes, mit der Absicht, dass der Markt diese Güter nicht nur nutzt, sondern Anteile des Gewinns in die öffentliche Kasse spült. Das Problem der Ökonomisierung des öffentlichen Gutes Stadt ist dabei nicht deren Nutzung an sich, sondern sind die (Macht-)Verhältnisse «zwischen denen, die es produzieren oder in unterschiedlichem Ausmass für sich erkämpfen, und denen, die es für ihren persönlichen Gewinn an sich reissen» (Harvey 2012, 147). Die Unterscheidung in Gemeingut und öffentliches Gut folgt weder einem Automatismus noch einer neutralen Logik. Vielmehr ist die Nutzung Ausdruck des Spannungsfeldes zwischen dem wachstumsorientierten Konzept des (wirtschaftlichen) Standortvorteils und der Vorstellung einer sozialpolitisch basierten, demokratischen «Stadt für alle».

Die Entscheidung darüber, welche Gemeingüter sich am besten eignen, um sie in öffentliche, kommerzieller Güter umzuwandeln, folgt der marktwirtschaftlichen Logik des Profits. Das Gemeingut der Care-Tätigkeiten eignet sich dafür sicher nicht: Die meisten Care-Tätigkeiten sind zeit- und arbeitsintensiv und lassen sich weder vermarkten noch beschleunigen. Trotzdem werden vielerorts gewisse Care-Tätigkeiten privatisiert, wie beispielsweise ein bestimmter Teil der Pflege, der sich gewinnorientiert organisieren lässt. Indes werden andere, nicht rentable Bereiche, wie beispielsweise die Betreuung pflegebedürftiger Menschen, dem Gemeinwesen als Pflicht überlassen – unterfinanziert und ohne Entwicklungspotenzial. Trotzdem stehen auch diese Bereiche der Care-Tätigkeit immer wieder im Fokus von Sparpaketen (WIDE 2013, 12–17). Dabei ist festzustellen, dass sich gerade unter wirtschaftlich schwierigen Bedingungen tätigkeitsspezifische Rollenzuschreibungen zwischen den Geschlechtern verfestigen und dies nicht etwa zugunsten eines geschlechtergerechteren Zusammenlebens: Fehlt das Care-Angebot, sind es Frauen, die unbezahlt dafür sorgen, dass die notwendige Arbeit geleistet wird (SAKE 2007). Um zu verhindern, dass die Stadtentwicklung in die Genderfalle der unbezahlten Care-Arbeit tappt, braucht es ein «Zusammenspiel zwischen gesellschaftlicher Organisation der Care-Ökonomie, Erwerbsarbeit, Akkumulation und Wirtschaftswachstum» (Madörin 2010, 104), welches den Ökonomisierungstendenzen die Stirn bieten kann. Anspruchsvolle und zeitaufwendige Tätigkeiten dürfen nicht aus der Öffentlichkeit in die häusliche Unsichtbarkeit verschoben werden.

In Prozessen von Stadtaneignung materialisieren sich geschlechterspezifische Verhältnisse: Geschlechterrollen werden an herkömmliche Aufgabenzuschreibungen wie die Sorge um die betagte Nachbarin, die Pflege des kranken Kindes oder die die Entsorgung der Müllsäcke gekoppelt. Stadtentwicklung und -aneignung muss also heissen, die Geschlechterordnung als eine der zentralen Säulen ihres Wirkungsbereichs zu erfassen und die strukturierende Bedeutung der Kategorie Geschlecht einzubeziehen.

Geschlechtergerechte Stadtentwicklung

Jede städtische Entwicklung bringt Verschiebungen der Care-Tätigkeiten mit sich, sei es aufgrund der verfügbaren Ressourcen, der Infrastruktur, der Kosten oder aufgrund der Orte, wo diese Arbeiten verrichtet werden. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Zuordnung vieler Tätigkeiten wirken sich städtische Veränderungen auch auf die geschlechterspezifischen Verhältnisse aus, etwa durch Abbau oder Auslagerung der öffentlichen Angebote im Care-Bereich. Wer es sich leisten kann, wird sich bei Verknappung des Gemeingutes Sorgearbeit Care-Leistungen durch die Anstellung von Care-Migrantinnen oder Sans-Papiers einkaufen. Wer es sich nicht leisten kann, wird es selber tun müssen – das heisst, vor allem Frauen in der Familie oder in der Nachbarschaft werden diese Aufgaben als Gratisarbeit übernehmen. Für diese Frauen wiederum geht die Care-Tätigkeit mit räumlichen und zeitlichen Einschränkungen einher: Ihnen wird der Zugang zum öffentlichen Raum und die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitgestaltung erschwert. Feministische Stadtforscherinnen pochen deshalb seit langem darauf, dass bestimmte Stadtentwicklungen eine «urbane Männlichkeit» bevorzugen und zementieren. Meistens sind es die aktiven Männer, die mit ihren lokalen Initiativen den öffentlichen Raum gestalten, während Frauen mit Selbstverständlichkeit unsichtbaren «Lebenswert» generieren (Bieri 2012; Bondi 1998; Fincher 1998).

Stadtentwicklung kann nur dann geschlechtergerecht sein, wenn die Care-Arbeit im Mittelpunkt steht. Das heisst, wir müssen wegkommen vom Raum und die Arbeit ins Zentrum unserer Überlegungen stellen; all jene Tätigkeiten, die es braucht, um die Stadt ohne Benachteiligung gewisser BewohnerInnen und Gruppen lebenswert zu gestalten. Mit diesem Blick wollen wir in den folgenden Ausführungen das Stadtentwicklungskonzept (STEK) der Stadt Bern beleuchten und aufzeigen, inwiefern dieses Instrument sinnvoll ist und wo es in den Fragen der Geschlechtergerechtigkeit an Grenzen stösst.

Partizipatives Stadtentwicklungskonzept?

Die Stadt Bern arbeitet seit den 1990er-Jahren mit dem sogenannten Stadtentwicklungskonzept (STEK), welches eine raumplanerische, längerfristige städtische Strategie abbilden soll. Das zentrale Ziel des STEK war und ist die «Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität» in Bern (Stadt Bern 2016). Als gesamtheitliches Planungsinstrument beinhaltet es Konzepte zur Verkehrs-, Wohnbau-, Infrastruktur- oder Siedlungsplanung und dient als Leitplanke für behördliche und politische Entscheidungen. Das STEK ist technisch-räumlich konzipiert, abgestützt auf entsprechendes techni-

sches Fachwissen, und moderiert einen partizipativen Ansatz, welcher über Parlament, Regierung und Verwaltung hinausgeht. Es basiert auf Konsens und politischem Willen für eine aktive Stadtentwicklung. Damit ist das STEK ein Versuch, die Stadtentwicklung möglichst demokratisch zu gestalten. Die zuständigen Verwaltungseinheiten leiten mit fachlicher Unterstützung den Prozess, der beauftragte (meist private) Büros, politische Behörden und Wohnbevölkerung in einen Dialog bringen soll. An den von der Stadt organisierten Foren können VertreterInnen der Quartiere, Interessensgruppen, Fachstellen und zivilgesellschaftliche Organisationen Kritik einbringen und Vorschläge unterbreiten, welche die Projektleitenden auf die Realisierbarkeit hin überprüfen und kategorisieren. Das STEK ist zwar nur ein Teil der Organisation und Planung der Stadt Bern, für den vorliegenden Artikel aber ein besonders interessantes Beispiel, denn es steht für eine aktuelle politische Stossrichtung in der Stadt Bern, welche den Anspruch hat, die Stadt möglichst breit abgestützt zu planen und zu entwickeln. Um es in den Worten des Stadtpräsidenten auszudrücken: «[Das STEK] erklärt, für wen die Stadt Bern ist und für wen sie geplant wird.» (Stadt Bern 2016, 3)

Ende 2016 wird nach mehreren Mitwirkungsrunden das STEK16 verabschiedet. Bemerkenswert an diesem neuen STEK ist ein Paradigmenwechsel: weg von einer technisch-räumlichen, hin zu einer sozial-räumlichen Planung. Geleitet von der Vision «Die grüne Wohn- und Arbeitsstadt» umfasst das STEK16 drei Handlungsfelder zu den vom Stadtplanungsamt und der Exekutive definierten Schwerpunktthemen «Bern wächst dynamisch» (Hauptstadt-Standortmarketing, städtisches Bevölkerungswachstum, Wirtschafts- und Bildungspotenzial, Arbeiten), «Bern ist grün und vernetzt» (Urbanität, Wohnen, Biodiversität, Mobilität, Sicherheit) sowie «Bern lebt in den Quartieren» (Stadt für alle Generationen, Versorgung in den Quartieren, öffentlicher Raum). Die Stadtregierung von Bern reagiert damit auf die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und will gewährleisten, dass keine Ausgrenzungen entstehen, dass die Stadt lebenswert bleibt, dass sie wirtschaftlich ist und einen gewissen Standortvorteil behält, um genügend Einnahmen zu generieren.

Auch an Bern, wo etwa im Vergleich zu Basel, Zug oder Zürich keine grossen Konzerne die Ressourcen der Stadt übermässig beanspruchen, gehen die globalen Entwicklungen in Politik und Wirtschaft nicht spurlos vorbei. Die Stadt muss sich mit den Folgen der neoliberalen Ökonomisierung des Individuums auseinandersetzen und sich darüber klar werden, wie viel und welches Gemeingut sie will. Welche Voraussetzungen für die Organisation von Alltag, für die Zeit für soziale Kontakte, für selbst organisierte Tätigkeiten wollen wir schaffen? Um diese Fragen zu stellen, ist das STEK nicht hilfreich. Wenn die STEK-Planung in Bereiche vordringt, die vom

Gemeinwesen gestaltet werden sollten, werden diese Fragen von Anfang an als Objekt der technischen Planung kategorisiert und entsprechend eingeschränkt. Dabei ist ein formalisiertes Aushandeln von Raum und Zeit hier nicht zwingend notwendig. Mit dem STEK16 plant die Stadtregierung Bern ihr Angebot pragmatisch und instrumentell, sie muss aber Räume offen lassen für das unformalisierte Zusammenleben und die gemeinsame Gestaltung der alltäglichen Care-Arbeit.

Care-Arbeit muss im Zentrum der Stadtentwicklung stehen

Das STEK nimmt Aspekte des Gemeingutes, der Commons, vereinzelt in entsprechende Handlungsfelder auf. Die Ausgestaltung des Handlungsfeldes «Bern lebt in den Quartieren» weckt aber den Eindruck, dass viele alltagsbestimmende Angebote nicht im Fokus der übergeordneten Planung angesiedelt sind, sondern in den Mikrokosmos der Nachbarschaften verschoben werden. So wird gefördert, was Harvey am Konzept der Allmenden kritisiert: Lokale Aktionen werden oft übergewichtet. Sie sind wichtig, sie mobilisieren, sind identitätsstiftend, sie werden demokratisch ausgehandelt und weiterentwickelt. Weil sie sich auf kleine Räume beschränken und eine Art Einhegung mit sich bringen, können sie aber aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive als «kommodifizierbare Einheiten» wahrgenommen und mit smarten Aufbesserungsstrategien als «Produktionsmittel» eingesetzt werden. Lokale Initiativen der Quartieraufwertung, der lokalen Bildungs- und Begrünungsinitiativen, der Nachbarschaftshilfen und kollektiven Raumbewirtschaftungen treten gerade wegen ihrer Kleinräumlichkeit in die neoliberale Falle der «Einhegung». Sie werden als Produkte definiert und aus dem grösseren Ganzen der Stadt aussortiert. Solche dezentralisierte «Autonomie» führe, so Harvey, nicht selten zu mehr Ungleichheit zwischen Stadtteilen, da diese dann in neoliberaler Manier in Konkurrenz geraten (Harvey 2012, 152ff.). Es gilt deshalb gerade aus feministischer Perspektive genau hinzuschauen. Die alltäglichen Sorgearbeiten sind kleinräumig, sie geschehen in der direkten Begegnung zwischen Menschen. Die Raum- und Finanzplanung darf solche Tätigkeiten nicht aus ihrem Blickfeld verlieren, sondern muss die Arbeitskraft, die Tätigkeiten und die Zeit derjenigen berücksichtigt, die das Kleinräumige gestalten.

Das STEK16 erweitert zwar die bisherige Organisation der Gemeingüter in der Stadt Bern und macht den Anschein, die Care-Tätigkeiten im Kleinräumigen ins Blickfeld zu nehmen. Aber es stösst auch an Grenzen, denn formalisierte Mitwirkung ist selektiv. Wir sind der Meinung, dass eine von Stadtbehörden und Fachstellen organisierte Mitwirkung nicht ausreichend ist. Es ist zwingend und notwendig, dass sich alle Menschen in Bezug auf

ihr Alltagsleben mit ihrer eigenen Stimme in die Stadt einbringen können. Die Erfahrungen zeigen, dass mit dem Instrument STEK gegensätzliche Interessen nebeneinander aufgereiht werden, ohne dass eine ausgehandelte Priorisierung stattgefunden hat. So stehen im aktuellsten Mitwirkungsbericht Schlagworte wie «freiraumbezogene Massnahmen» und «soziale Infrastruktur» unmittelbar neben «Gewinn der ‹Stadt als Marke›» (Stadt Bern 2016). Aus unserer feministischen Perspektive heisst das: Solange die Stadtentwicklung die Care-Arbeit als Essenz des Gemeinwohles nicht ins Zentrum stellt und die Planung entsprechend ausrichtet, werden sich Care-Tätigkeiten in den privaten Haushalten oder in den Händen von prekarierten Sans-Papiers-Arbeitskräften weiter benachteiligend auswirken und im öffentlichen Raum unsichtbar bleiben. Die Belastung durch die Sorgearbeit frisst Zeit – die Zeit, um an den Prozessen der Stadtaneignung teilzunehmen und gestaltend mitzuwirken.

Urban Citizenship in Bern

Wenn die aktuelle politische Organisation der Stadt Bern mit dem STEK¹⁶ es nicht vermag, die Stadt geschlechtergerecht zu organisieren, brauchen wir zusätzliche Ansätze. Ein interessantes und momentan in einigen Städten diskutiertes Konzept ist dasjenige der sogenannten StadtbürgerInnenenschaft oder Urban Citizenship (Graauw 2014; Rodatz 2014). Dieses Konzept denkt die Teilnahme an gesellschaftlichen Ressourcen und das Recht auf Rechte neu. Es geht dabei um rechtliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe aller BewohnerInnen der Stadt, aber auch um die Anerkennung von Migration und Vielfalt als gesellschaftliche Realität. Deshalb müssen politische Instrumentarien an die vielfältige Normalität moderner Städte angepasst werden. Dafür sind soziale Bewegungen, ausserparlamentarische Vernetzung, Forderungen von unten ebenso notwendig wie die kritische Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken von behördlichen Instrumentarien sowie das Interesse der Stadtbehörden selbst, ihre Instrumentarien so zu gestalten, dass der Zugang zur Stadt hinterfragt, revidiert und verbessert werden kann.

Ein solches politisches Mittel ist die sogenannte City Card, die in vereinzelten Städten in den USA eingeführt worden ist: Eine städtische Identitätskarte, welche unabhängig vom Aufenthaltsstatus beantragt werden kann. Diese Karte ermöglicht es, sich bei Bedarf auszuweisen, und ist damit ein bürokratisches Instrument, welches den Zugang zu Ressourcen und Rechten erleichtert. Mit einer City Card wird allen StadtbewohnerInnen Mitbestimmung und -gestaltung ermöglicht. Das Konzept wirft aber auch Fragen auf: Werden mit einer City Card nicht neue Grenzen gezogen und Ausgrenzungs-

mechanismen geschaffen? Ist sie an den Wohn- und oder Arbeitsaufenthalt innerhalb einer Stadtgrenze gebunden? Wie kann verhindert werden, dass die Behörden das System nutzen, um möglichst viele Daten über die Leute zu sammeln? Und auch hier muss die Genderperspektive mitgedacht werden: Wie wirkt sich die City Card auf die Geschlechterverhältnisse aus? Ist es mit diesem Ansatz möglich, patriarchale Gesellschaftsstrukturen aufzubrechen?

Die Idee der StadtbürgerInnenschaft ermöglicht es, aufzuzeigen, welche Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer (fehlenden) persönlichen Dokumente unterschiedliche Diskriminierungen erleben. Positive Veränderungen durch das Konzept von Urban Citizenship sind aus der Perspektive von Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung am offensichtlichsten: Die Stadtbürgerschaft gäbe ihnen Zugang zu Wohnraum, Gesundheitswesen, Kinderbetreuung und Bildung. Etwa die Hälfte aller Sans-Papiers arbeitet in Privathaushalten und mehr als die Hälfte der in Städten lebenden Sans-Papiers sind Frauen. Die Situation von Frauen ohne Aufenthaltsbewilligung in einer Stadt ist also die Spitze des Eisberges einer Gesellschaft, die in vielen Bereichen von Rassismus und Sexismus geprägt ist. Sans-Papiers-Frauen sind mit noch mehr Hürden konfrontiert als Männer. Geht es ums Gebären, ist wegen der Anmeldepflicht in den Spitälern grosse Vorsicht geboten. Wollen Frauen ohne Aufenthaltsbewilligung wegen sexualisierter Übergriffe, häuslicher Gewalt oder Nichtbezahlung eines Lohnes Anzeige erstatten, riskieren sie eine Ausschaffung. Hier muss sich die Stadt fragen: Wie würden Institutionen aussehen, die solche Leistungen unabhängig vom persönlichen Dokument qualitativ gut erbringen? Wie müssten Ausbildung und Arbeitszeit der Polizei organisiert sein, die in erster Linie die von Gewalt bedrohte Frau schützen will, unabhängig davon, ob sie (oder der Täter) eine Aufenthaltsbewilligung hat? Wie müsste ein Budget eines städtischen Gesundheitsdienstes aussehen, wenn dieser unabhängig von Aufenthalt und Herkunft die Gesundheit der Hilfe suchenden Menschen ins Zentrum stellt? Was müsste sich strafrechtlich ändern, wenn Arbeitgebende die Löhne nicht bezahlen und sich die geprellten Menschen aufgrund ihres Status nicht wehren können, obschon sie gemäss der Menschenrechtskonvention diesen Anspruch haben? Das Konzept Urban Citizenship ist ein Denkanstoss für alle, die Stadt neu zu organisieren. Wenn es gelingen würde, die StadtbürgerInnenschaft so zu organisieren, dass die Voraussetzungen für unbezahlte und bezahlte Care-Arbeit verbessert werden, wären wir bei der Gestaltung einer geschlechtergerechten Stadt als Gemeingut, verbunden mit Lebensqualität für *alle* Menschen, einen grossen Schritt weiter.

Literatur

- Bieri, Sabin, 2012: Vom Häuserkampf zu neuen urbanen Lebensformen. Städtische Bewegungen der 1980er Jahre aus einer raumtheoretischen Perspektive. Bielefeld
- Bondi, Liz, 1998: Sexing the city. In: Fincher, Ruth/Jacobs, Jane (Hg.): Cities of Difference. New York, 177–200
- Graauw, Els de, 2014: Municipal ID Cards for Undocumented Immigrants. Local Bureaucratic Membership in a Federal System. In: Politics & Society, 42(3), 309–330
- Fincher, Ruth, 1998: In the Right Place at the Right Time? Life Stages and Urban Spaces. In: Dies./Jacobs, Jane (Hg.): Cities of Difference. New York, 49–68
- Harvey, David, 2013: Rebellen Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin
- Madörin, Mascha, 2010: Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz. In: Widerspruch, Heft 58, 97–108
- Rodatz, Mathias, 2014. Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban politics of citizenship in der neoliberalen Stadt. In: sub\urban, Heft 3, 35–58
- SAKE – Die schweizerische Arbeitskräfteerhebung, 2007: Vollständiger Fragebogen und Modul «Unbezahlte Arbeit». www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/infothek/erhebungen__quellen/blank/blank/enquete_suisse_sur/anhang/03.Document.103653.pdf (Abfrage 9.10.2016)
- Stadt Bern, 2016: Stadtentwicklungskonzept Bern 2016. www.bern.ch/stek (Abfrage 28.8.2016)
- WIDE, 2013: Switzerland Care-free?! Einblicke in vier Schauplätze der Care-Ökonomie: Haushalt, Gesundheits- und Pflegewesen, globalisierter Care-Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen. Bern

Susanne Bachmann
Hatim Baloch
Hans Baumann
Fitzgerald Crain
Ruth Gurny
Anne Gurzeler
Sebastian Friedrich
Marina Frigerio
Fabian Georgi
Roland Herzog
Sophie Hodel
Matthias Hui
Bernd Kasperek
Vasco Pedrina
Marika Pierdicca
Marina Richter
Beat Ringger
Johan Rochel
Holger Schatz
Sarah Schilliger
Simon Sontowski
Ueli Tecklenburg
Adrian Zimmermann

**Jahrbuch
2016**

Hans Baumann, Roland Herzog, Marina Richter,
Beat Ringger, Holger Schatz, Sarah Schilliger,
Bernhard Walpen (Hg.):

Migration ohne Grenzen

Migrationsforschung

Migrationsforschung und die Produktion von
Herrschaftswissen

Glossar der kritischen Migrationsforschung

Globale Migration und gesellschaftliche Transformation

Migrationsregime

Willkommen in der Ausbeutung

»Testing the borders of the future«

Wie Integrationsprojekte die Marginalisierung von
MigrantInnen festschreiben

Migration, soziale Bewegungen und Europa

Abwehr versus Solidarität

Immigration und Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Kämpfe für die Gleichstellung von
MigrantInnen in der Schweiz

Willkommenskultur: Die Realität ist vielschichtig

Perspektiven

Raus aus der Komfortzone – habt den Mut zu sagen,
was falsch ist!

Migrationscharta: Theoretische Grundsätze und praktische
Perspektiven

Ethik und Migration: Endlich progressiv!

Globale Bewegungsfreiheit und sozialökologische
Transformation

Denknetz-Jahrbuch 2016: Migration ohne Grenzen

216 Seiten, broschiert, Fr. 23.–, ISBN 978-3-85990-296-1, www.edition8.ch